



Bürgerbefragung öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen

2015

Impressum

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion,
Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin

Quelle: forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH,
Umfrage Juli 2015

Redaktion: Dr. Frank Zitka, dbb

Fotos: Fotolia.com: @Rawpixel (Titelbild), @Robert Kneschke, @Peter Atkins,
@Minerva Studio, @Kadmy, @maxoidos, @WavebreakmediaMicro

Layout: M.-A. Neugebauer

Herstellung: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin



Bürgerbefragung öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen

2015

Inhalt

Vorwort	5
---------------	---

Das Bild des öffentlichen Dienstes

Das Ansehen einzelner Berufsgruppen	8
Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes	11
Wichtigkeit öffentlicher Einrichtungen	13
Der öffentliche Dienst aus Sicht seiner Bediensteten	14

E-Government im öffentlichen Dienst

Meinungen zum E-Government	18
----------------------------------	----

Staat und Privatisierung

Meinungen zur Rolle des Staates	24
Öffentliche Dienstleistungen: staatlich oder privat?	28

Das Ansehen gesellschaftlicher Institutionen

34

Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheit und Erwartungen

Zufriedenheit mit der Einkommenssituation	38
Einschätzung der Arbeitsbedingungen	40
Jugendliche im öffentlichen Dienst	46

Datengrundlage

48



Vorwort

Die „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2015“ ist eine umfassende demoskopische Erhebung zu Kernthemen des öffentlichen Dienstes. Bereits im neunten Jahr in Folge legen das Meinungsforschungsinstitut forsa und der dbb beamtenbund und tarifunion damit eine in dieser Form einzigartige Untersuchung vor, auf deren Grundlage sich sowohl kurz- als auch längerfristige Veränderungen im Urteil der Bürger über den öffentlichen Dienst aufzeigen lassen.

Gleichzeitig können damit Entwicklungen im Selbstbild der Beschäftigten sowie in deren Wahrnehmung ihrer Arbeitsbedingungen nachgezeichnet werden.

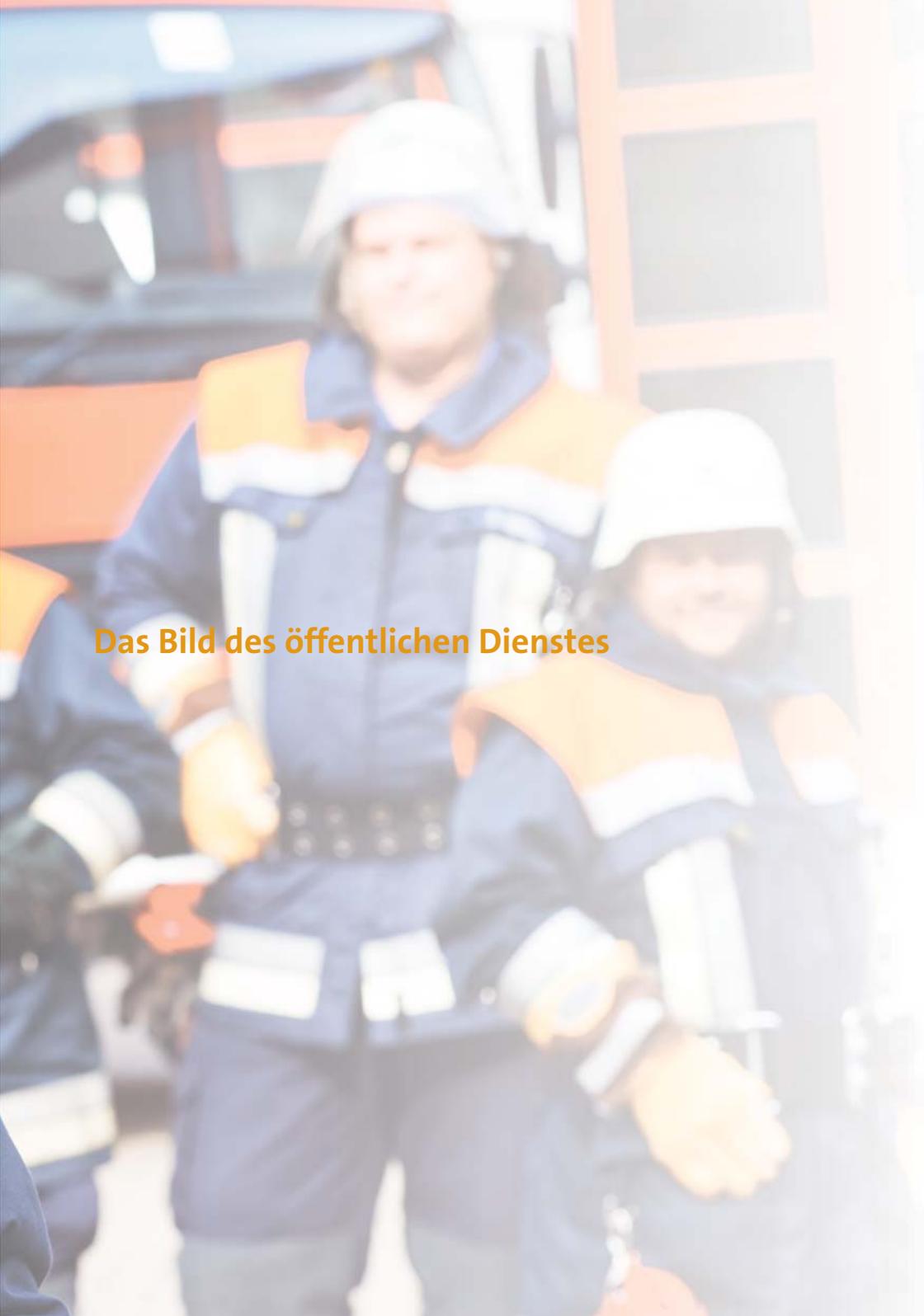
Entgegen weiter bestehender Vorurteile ist das Umfrage-Fazit auch 2015 eindeutig: Die Bürger vertrauen dem öffentlichen Dienst und der Verwaltung, sie ist bürgerfreundlich, leistungsfähig und – für die ganz überwiegende Mehrheit der Deutschen – unerlässlich. Wenn eine stabile Dreiviertelmehrheit Jahr für Jahr weitere Privatisierungen ablehnt und jedes Jahr mehr Bürgerinnen und Bürger die staatlichen Ausgaben für den öffentlichen Dienst angemessen finden, ist dies ebenso Beleg für das sich stabilisierende positive Image der „Staatsdiener“ wie die Topplätze im Berufe- und Institutionenranking für die staatlichen Dienstleistungen.

In Sachen E-Government – der Sonderumfrage 2015 – scheinen in Deutschland sowohl die Verwaltung als auch die Bürgerinnen und Bürger noch skeptisch zu sein. Obwohl eine Mehrheit der Befragten zusätzliche Onlinedienstleistungen der Verwaltung begrüßen würde, sind die Nutzungsgewohnheiten weiterhin ziemlich analog. Selbst bei den jüngeren „Kunden“ werden die Online-Angebote des Staates eher zur Kenntnis genommen als aktiv gesucht.

Berlin, im August 2015

Klaus Dauderstädt
Bundesvorsitzender



A photograph of two firefighters in full gear, including blue jackets with orange and reflective silver stripes, white helmets, and orange gloves. They are standing in front of a fire truck. The image is slightly blurred and has a warm, orange-tinted background.

Das Bild des öffentlichen Dienstes

Das Bild des öffentlichen Dienstes

Das Ansehen einzelner Berufsgruppen

Um das Ansehen verschiedener Berufsgruppen zu ermitteln, wurden bei allen Bürgerbefragungen seit 2007 einzelne Berufsgruppen genannt mit der Bitte, jeweils anzugeben, ob die Befragten von dieser Berufsgruppe ein hohes oder ein nicht so hohes Ansehen haben.

Dabei ist im Vergleich zum Vorjahr vor allem das Ansehen der beiden Berufsgruppen, deren Arbeitskämpfe in letzter Zeit Aufmerksamkeit erzeugt haben – die Lokführer und Piloten – deutlich zurückgegangen: Bei den Lokführern um 12 Prozentpunkte von 69 auf 57 Prozent und bei den Piloten um 5 Prozentpunkte von 78 auf 73 Prozent.

Eine Ausnahme bilden die Erzieher in Kindergärten bzw. Kindertagesstätten, deren Ansehen trotz des Streiks um 2 Prozentpunkte von 83 auf 85 Prozent angestiegen ist – vermutlich, weil die Bedeutung dieses Berufszweigs erst durch den Streik vielen Bürgern bewusst wurde.

Ansonsten stehen an der Spitze des Beruferankings wie bereits in den vergangenen Jahren die Feuerwehrmänner, die Kranken- bzw. Altenpfleger und die Ärzte, die bei nahezu allen Bürgern ein hohes Ansehen haben.

Das Ansehen der Beamten generell liegt 2015 mit 37 Prozent auf dem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr (– 1 Prozentpunkt). Im Vergleich zu 2007 entspricht dies einer Verbesserung um 10 Prozentpunkte.

Ein etwas geringeres Ansehen als im Vorjahr weisen neben den Piloten und Lokführern auch die Soldaten (– 6 Prozentpunkte), Techniker und Manager (jeweils – 3 Prozentpunkte) und Gewerkschaftsfunktionäre (– 5 Prozentpunkte) auf.

Ein höheres Ansehen als im vergangenen Jahr genießen neben den Erziehern im Kindergarten bzw. in der Kindertagesstätte derzeit auch die Politiker (+ 3 Prozentpunkte).

Vergleicht man nicht nur die Veränderung zum Vorjahr, sondern zur ersten „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ im Jahr 2007, dann ist neben dem Ansehen der Beamten (+ 10 Prozentpunkte) insbesondere das Ansehen von Müllmännern (+ 14 Prozentpunkte), von Briefträgern (+ 12 Prozentpunkte) und von Lehrern (+ 8 Prozentpunkte) gestiegen.

> Ansehen einzelner Berufsgruppen *)

Es haben ein (sehr) hohes Ansehen von:	2007	2014	2015	Veränderung	
	%	%	%	2014 – 2015	2007 – 2014
Feuerwehrmann	90	95	95	0	+5
Arzt	86	89	90	+1	+4
Kranken-/Altenpfleger	85	90	90	0	+5
Erzieher im Kindergarten/Kita ***)	**)	83	85	+2	–
Polizist	78	84	84	0	+6
Richter	77	81	79	–2	+2
Müllmann	63	78	77	–1	+14
Hochschulprofessor	**)	74	74	0	–
Pilot	**)	78	73	–5	–
Lehrer	63	72	71	–1	+8
Techniker	**)	69	66	–3	–
Dachdecker	58	67	66	–1	+8
Briefträger	52	63	63	0	+11
Soldat	**)	62	58	–4	–
Justizvollzugsbeamter ****)	–	60	58	–2	–
Unternehmer	61	58	58	0	–3
Lokführer	**)	69	57	–12	–
Anwalt	58	59	57	–2	–1
Studienrat	53	52	53	+1	0
Journalist	47	49	47	–2	0
Steuerberater	47	44	42	–2	–5
EDV-Sachbearbeiter	43	40	39	–1	–4
Beamter	27	38	37	–1	+10
Bankangestellter	38	35	36	+1	–2
Steuerbeamter	28	35	34	–1	+6
Manager	37	32	29	–3	–8
Gewerkschaftsfunktionär	23	31	26	–5	+3
Politiker	20	21	24	+3	+4
Mitarbeiter einer Telefongesellschaft *****)	19	18	19	+1	0
Mitarbeiter einer Werbeagentur	18	16	15	–1	–3
Versicherungsvertreter	11	12	12	0	+1

*) dargestellt ist jeweils der Anteil an Befragten, die ein sehr hohes oder hohes Ansehen von der jeweiligen Berufsgruppe haben

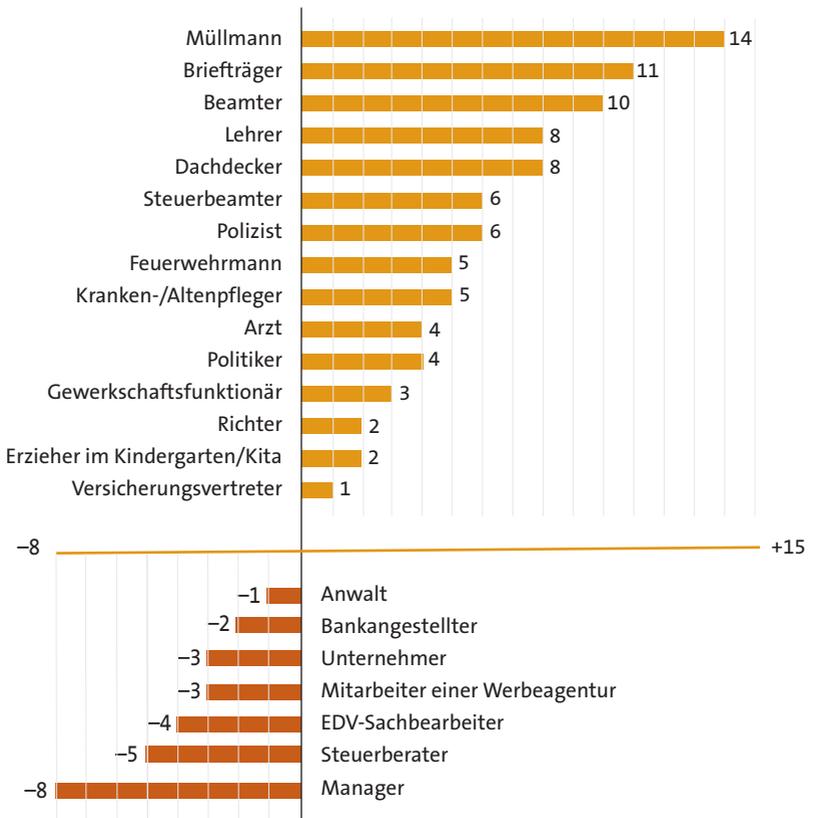
***) 2007 nicht abgefragt

****) bis 2014: Kita-/Kindergartenmitarbeiter

*****) neu in 2014

*****) bis 2011: Telekom-Mitarbeiter

> „Gewinner“ und „Verlierer“ seit 2007



10

Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Den Befragten wurden auch 2015 acht Aussagen über den öffentlichen Dienst vorgelegt:

1. „Die öffentliche Verwaltung ist viel zu stark aufgebläht und kostet zu viel.“
2. „Die öffentliche Verwaltung ist heute viel bürgerfreundlicher als früher.“
3. „Heutzutage wird viel zuviel verwaltet. Es sollte mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden.“
4. „In einem Staat, der viel für seine Bürger tun will, ist eine starke öffentliche Verwaltung unerlässlich.“
5. „Die öffentliche Verwaltung ist im Vergleich zur freien Wirtschaft viel zu schwerfällig.“
6. „Weil es heute immer mehr Bürokratie und bürokratische Vorschriften gibt, wird die Freiheit des einzelnen Bürger immer stärker eingeschränkt.“
7. „Der öffentliche Dienst garantiert, dass alle Bürger in gleichem Maße mit öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden.“
8. „Öffentliche Verwaltungen sind heute genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen.“

Zwei der Aussagen („Starke öffentliche Verwaltung unerlässlich“ und „Versorgung aller Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen“) können als Gradmesser interpretiert werden, in welchem Maße der Staat bzw. Dienstleistungen in öffentlicher Hand auch in der heutigen Zeit für erforderlich gehalten werden.

Die anderen sechs Aussagen beziehen sich eher auf die Einschätzung der Leistungsfähigkeit und der Effizienz des öffentlichen Dienstes.

Von der Notwendigkeit eines starken Staats sind wie bereits im vergangenen Jahr auch aktuell 85 Prozent und damit mehr Befragte als vor sieben Jahren überzeugt. 61 Prozent – ebenfalls noch etwas mehr als 2008, wenn auch etwas weniger als im vergangenen Jahr – meinen auch, dass der öffentliche Dienst eine flächendeckende Versorgung aller Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen garantiere.

Bei der Beurteilung der Effizienz des öffentlichen Dienstes überwiegen zwar nach wie vor die eher kritischen Urteile, allerdings mit leichtem Rückgang im Vergleich zu 2008. So meinen derzeit noch 66 Prozent, die öffentliche Verwaltung sei zu aufgebläht und koste zu viel. 75 Prozent halten die Verwaltung im Vergleich zur freien Wirtschaft für zu schwerfällig, 70 Prozent sehen durch Bürokratie und bürokratische Vorschriften die Freiheit der einzelnen Bürger immer stärker eingeschränkt. 66 Prozent meinen außerdem, dass viel zu viel verwaltet werde und mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden sollte.

Die Verwaltung heute halten 64 Prozent für viel bürgerfreundlicher als früher und 35 Prozent meinen, die öffentlichen Verwaltungen seien inzwischen genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen.

> Staat und Bürokratie: Notwendigkeit und Effizienz

		2008	2014	2015
		%	%	%
Notwendigkeit:				
– „In einem Staat, der viel für seine Bürger tun will, ist eine starke öffentliche Verwaltung unerlässlich“	ja	76	85	85
	nein	22	14	14
– „Der öffentliche Dienst garantiert, dass alle Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden“	ja	54	63	61
	nein	43	35	37
Effizienz:				
– „Die öffentliche Verwaltung ist zu aufgebläht und kostet zu viel“	ja	78	70	66
	nein	19	27	31
– „Die Verwaltung ist viel zu schwerfällig“	ja	81	76	75
	nein	16	21	22
– „Wenn es immer mehr Bürokratie und bürokratische Vorschriften gibt, wird die Freiheit des einzelnen Bürgers immer einzelnen Bürgers immer stärker eingeschränkt“	ja	80	75	70
	nein	20	23	29
– „Es wird viel zuviel verwaltet. Es sollte mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden“	ja	75	70	66
	nein	24	30	34
– „Die Verwaltung ist heute viel bürgerfreundlicher als früher“	ja	58	63	64
	nein	35	30	29
– „Öffentliche Verwaltungen sind heute genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen“	ja	28	38	35
	nein	67	57	60

Wichtigkeit öffentlicher Einrichtungen

Seit 2011 werden die Befragten im Rahmen der Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst gebeten, 16 öffentliche Einrichtungen nach ihrer Wichtigkeit einzuordnen und die Arbeit der Einrichtungen anhand von Schulnoten zu bewerten.

Nach wie vor werden die meisten öffentlichen Einrichtungen – allen voran Schulen, Krankenhäuser, Polizei und Kriminalpolizei, Kindergärten, Fachhochschulen und Universitäten, Straßenreinigung und Müllabfuhr und Gerichte – als wichtig erachtet.

Als am wenigsten wichtig werden Museen und Landesministerien erachtet.

Bei der Bewertung anhand von Schulnoten hat sich bei den verschiedenen Einrichtungen seit letztem Jahr kaum etwas geändert. Mit einer Bewertung von 2,0 wird derzeit die Straßenreinigung und Müllabfuhr am besten bewertet, gefolgt von Kindergärten (2,1), der Polizei und den Fachhochschulen und Universitäten (jeweils 2,2).

Am schlechtesten schneiden die Arbeitsämter (3,2) sowie die Ministerien auf Bundes- und Landesebene (jeweils 2,9) ab.

> Wichtigkeit und Bewertung von Behörden und Einrichtungen der öffentlichen Hand

	wichtig	unwichtig*)	Bewertung**)	
	%	%	2014	2015
Schulen	99	1	2,4	2,4
Krankenhäuser	98	1	2,2	2,3
Polizei, Kriminalpolizei	98	1	2,1	2,2
Kindergärten	98	1	2,0	2,1
Fachhochschulen, Universitäten	96	1	2,2	2,2
Gerichte	96	1	2,4	2,5
Straßenreinigung, Müllabfuhr	95	2	2,0	2,0
Sozialämter	87	4	2,8	2,8
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	83	5	2,6	2,6
Finanzämter	78	9	2,7	2,7
Arbeitsämter	78	10	3,2	3,2
Bibliotheken	75	11	2,3	2,3
Hallenbäder, Freibäder	73	10	2,5	2,5
Bundesministerien	72	10	3,0	2,9
Museen	70	12	2,3	2,3
Landesministerien	60	15	3,0	2,9

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders wichtig noch besonders unwichtig“ bzw. „weiß nicht“

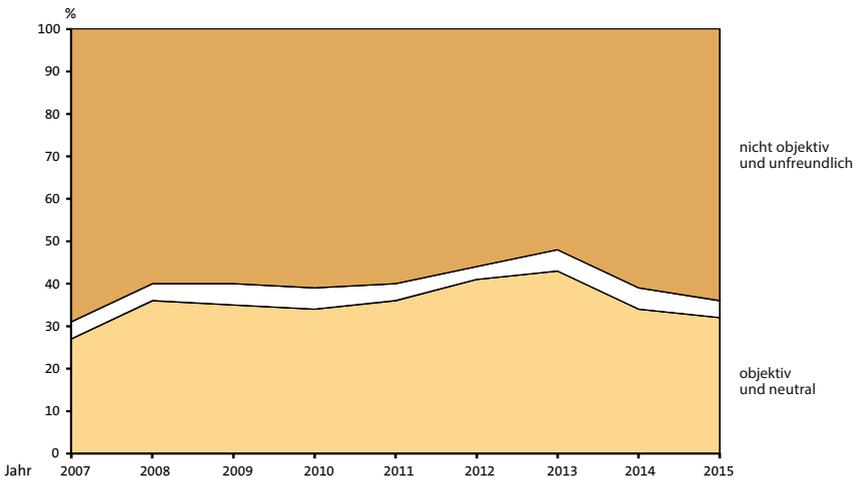
**) Bewertung nach Schulnoten; dargestellt ist immer der Mittelwert

Der öffentliche Dienst aus Sicht seiner Bediensteten

Seit 2007 glaubt immer eine Mehrheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, dass die Medien über den öffentlichen Dienst alles in allem nicht objektiv sondern unfreundlich berichten. In den Jahren 2012 und 2013 war der Anteil derer, die meinten, die Medien würden über den öffentlichen Dienst objektiv und neutral berichten, auf über 40 Prozent angestiegen. Diese Entwicklungstendenz setzt sich 2015 wie bereits schon 2014 allerdings nicht fort: Derzeit meint nur etwa ein Drittel (32 %) der öffentlich Bediensteten, die Medien würden objektiv und neutral über den öffentlichen Dienst berichten.

> Die Berichterstattung der Medien über den öffentlichen Dienst im Zeitverlauf (Basis: öffentlich Bedienstete)

Die Medien berichten über den öffentlichen Dienst alles in allem



Beamte glauben noch häufiger als Tarifbeschäftigte, dass die Medien nicht objektiv und eher unfreundlich über den öffentlichen Dienst berichten.

> **Die Berichterstattung der Medien über den öffentlichen Dienst**

(Basis: öffentlich Bedienstete)

	Medien berichten über den öffentlichen Dienst alles in allem	
	objektiv und neutral	nicht objektiv *) und unfreundlich
	%	%
insgesamt	32	64
Beamte	29	67
Tarifbeschäftigte	34	63

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



E-Government im öffentlichen Dienst



E-Government im öffentlichen Dienst

Meinungen zum E-Government

Von der Möglichkeit, mithilfe des Internets mit einer Behörde oder einem Amt in Kontakt zu treten, haben nach eigenen Angaben 44 Prozent aller Befragten bereits Gebrauch gemacht. Für 24 Prozent ist es vorstellbar, dies in Zukunft zu tun.

Für jeden Dritten (33 Prozent) kommt die Kontaktaufnahme über das Internet nicht in Frage.

> Kontaktaufnahme mit Behörden und Ämtern über das Internet

	Es können sich vorstellen, mit einer Behörde oder einem Amt auch einmal über das Internet in Kontakt zu treten		
	ja, bereits getan %	ja, vorstellbar %	nein,*) kommt nicht in Frage bzw. nutze kein Internet %
insgesamt	44	24	32
14- bis 29-Jährige	33	41	26
30- bis 44-Jährige	61	20	19
45- bis 59-Jährige	49	24	27
60 Jahre und älter	33	17	50
Arbeiter	28	28	44
Angestellte	53	26	21
Selbständige	62	20	18
Beamte	66	20	14
Tarifbeschäftigte	52	21	2

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

46 Prozent der Befragten, die das Internet nutzen, halten die von den von ihnen in Anspruch genommenen Behörden und Ämtern angebotenen Möglichkeiten, über das Internet mit ihnen in Kontakt zu treten, für ausreichend. 40 Prozent meinen, es gäbe bislang zu wenige Möglichkeiten.

> **Einschätzungen der Möglichkeiten zur elektronischen Kontaktaufnahme mit Behörden*)**

	Die Behörden und Ämter, mit denen sie zu tun haben, bieten genügend Möglichkeiten, um über das Internet mit ihnen in Kontakt treten zu können	
	ja %	nein,**) es gibt bislang zu wenig Möglichkeiten %
insgesamt	46	40
14- bis 29-Jährige	52	37
30- bis 44-Jährige	41	48
45- bis 59-Jährige	40	44
60 Jahre und älter	54	30
Arbeiter	50	30
Angestellte	40	49
Selbständige	44	43
Beamte	51	40
Tarifbeschäftigte	49	41

*) Basis: Internetnutzer

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Wenn es für die Bürger in Deutschland mehr Möglichkeiten als heute gäbe, mit der öffentlichen Verwaltung über das Internet in Kontakt zu treten, würde dadurch nach Meinung von 56 Prozent der befragten Internetnutzer die Zufriedenheit der Bürger mit der öffentlichen Verwaltung größer werden. 37 Prozent meinen, dass mehr Möglichkeiten der Kontaktaufnahme keinen Einfluss auf die Zufriedenheit der Bürger mit der öffentlichen Verwaltung hätten.

› Einfluss von mehr Möglichkeiten der Kontaktaufnahme auf die Zufriedenheit mit der Verwaltung*)

Wenn es für die Bürger in Deutschland mehr Möglichkeiten als heute gäbe, mit der öffentlichen Verwaltung über das Internet in Kontakt zu treten, würde dadurch die Zufriedenheit der Bürger mit der öffentlichen Verwaltung

	größer werden %	geringer werden %	unverändert **) bleiben %
insgesamt	56	5	37
14- bis 29-Jährige	65	3	30
30- bis 44-Jährige	56	4	38
45- bis 59-Jährige	53	7	38
60 Jahre und älter	52	7	39
Arbeiter	45	12	39
Angestellte	57	5	37
Selbständige	48	7	43
Beamte	54	3	42
Tarifbeschäftigte	49	6	44

*) Basis: Internetnutzer

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Wenn es möglich wäre, würden jeweils etwa zwei Drittel der Befragten die An- oder Abmeldung bei Umzügen (67 Prozent) oder die An- oder Abmeldung eines Kfz (65 Prozent) bevorzugt über das Internet erledigen, statt persönlich zur Stadt- oder Gemeindeverwaltung zu gehen. Etwa die Hälfte würde über das Internet ein polizeiliches Führungszeugnis beantragen oder Genehmigungen einholen (jeweils 56 Prozent). Für die Beantragung eines neuen Personalausweises bzw. Reisepasses würde ebenfalls etwa die Hälfte (52 Prozent) gerne die Möglichkeit nutzen, dies über das Internet zu erledigen, statt persönlich zur Stadt- oder Gemeindeverwaltung zu gehen.

23 Prozent aller Befragten würden keines der Anliegen lieber über das Internet erledigen, statt persönlich zur Stadt- oder Gemeindeverwaltung zu gehen. Von den über 60-Jährigen möchte sogar über die Hälfte diese Dinge nicht über das Internet abwickeln.

> Erledigungen über das Internet*)

Es würden bevorzugt über das Internet erledigen, statt persönlich zur Stadt- oder Gemeindeverwaltung zu gehen:

	insgesamt**)	14- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%
An- oder Abmeldung bei Umzügen	67	70	82	73	48
An- oder Abmeldung eines Kfz	65	70	76	73	47
Beantragung eines polizeilichen Führungszeugnisses	56	57	72	63	39
Einholung von Genehmigungen	56	59	69	62	40
Beantragung eines neuen Personalausweises/Reisepasses	52	58	63	57	35
nichts davon/nutze kein Internet	23	10	11	19	51

*) Basis: Internetnutzer

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennung möglich





Staat und Privatisierung

Staat und Privatisierung

Meinungen zur Rolle des Staates

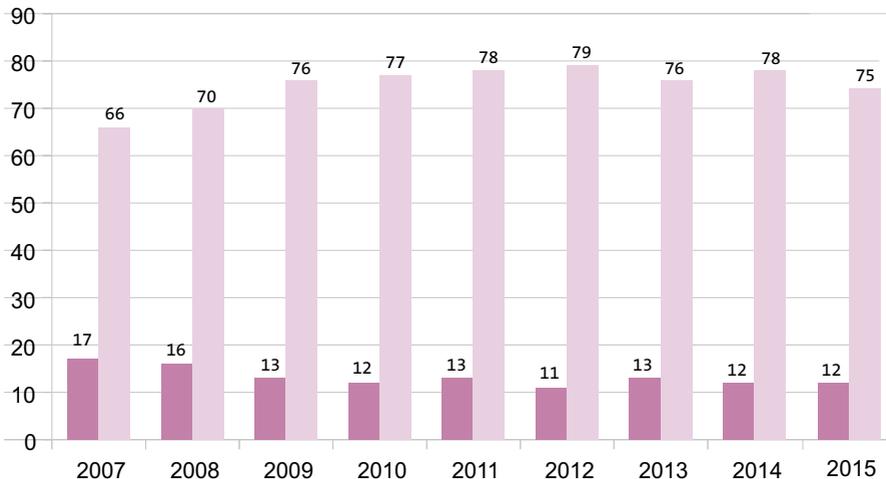
Die Einschätzungen der Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft sind seit 2009 weitgehend konstant: So glauben aktuell wie bereits 2014 nur 12 Prozent, dass man in einer globalisierten Gesellschaft immer weniger Staat braucht, da der Markt „die Dinge“ richten wird. 75 Prozent hingegen glauben, dass in einer globalisierten Gesellschaft ein starker Staat, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann, wichtig ist.

> Die Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft im Zeitverlauf

Es stimmen der Auffassung zu:
In einer globalisierten Gesellschaft braucht man...

... immer weniger Staat, der
Markt wird alles richten.

... einen starken Staat, der die Bürger
vor ausufernden Entwicklungen
schützen kann.



Dass man in einer globalisierten Gesellschaft immer weniger Staat braucht, da der Markt alles richten wird, glauben Arbeiter und Selbständige häufiger als die Angestellten und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

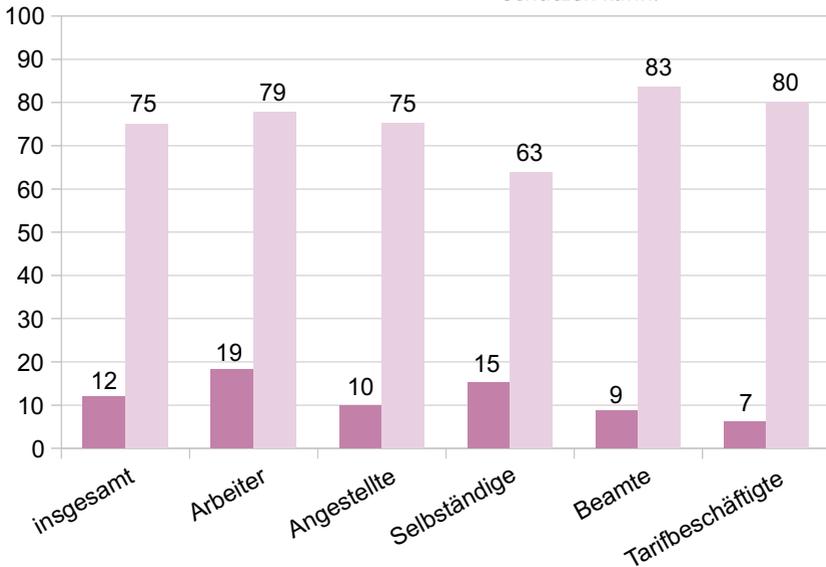
Einen starken Staat, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann, halten Arbeiter, Beamte und Tarifbeschäftigte häufiger für erforderlich als Angestellte und Selbständige.

> Die Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft

Es stimmen der Auffassung zu:

In einer globalisierten Gesellschaft braucht man...

■ ... immer weniger Staat, der Markt wird alles richten. **■** ... einen starken Staat, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann.



*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

In Deutschland gibt es nach Ansicht von 55 Prozent der Befragten zu viel staatliche Bürokratie. 38 Prozent empfinden das Ausmaß staatlicher Bürokratie als gerade richtig. Damit hat sich die Einschätzung im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert.

Dass es zu viel staatliche Bürokratie in Deutschland gibt, meinen insbesondere die Angestellten und die Selbständigen sowie Tarifbeschäftigte. Beamte stufen ihr Ausmaß überdurchschnittlich häufig als gerade richtig ein.

> Meinungen zum Ausmaß der staatlichen Bürokratie in Deutschland ...

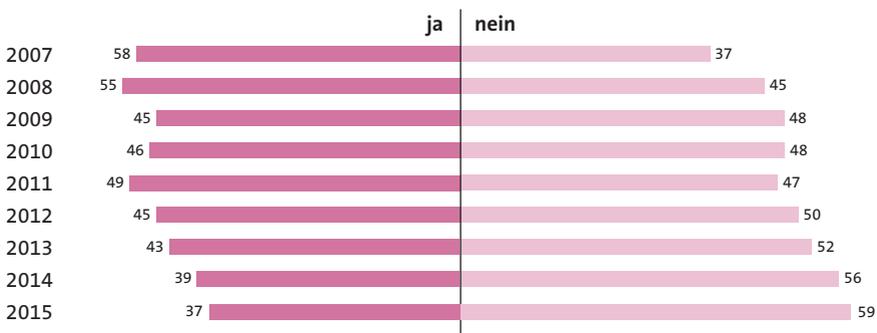
	Staatliche Bürokratie gibt es in Deutschland		
	zu viel	gerade richtig %	zu wenig *) %
insgesamt	55	38	6
Arbeiter	48	38	10
Angestellte	59	35	5
Selbständige	67	27	2
Beamte	42	50	6
Tarifbeschäftigte	58	36	4

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld kostet, meinen derzeit 37 Prozent der Bürger. Im Jahr 2007 lag dieser Anteil noch bei 58 Prozent. Seither ist er jedoch stetig geringer geworden.

> ... und zu ihren Kosten

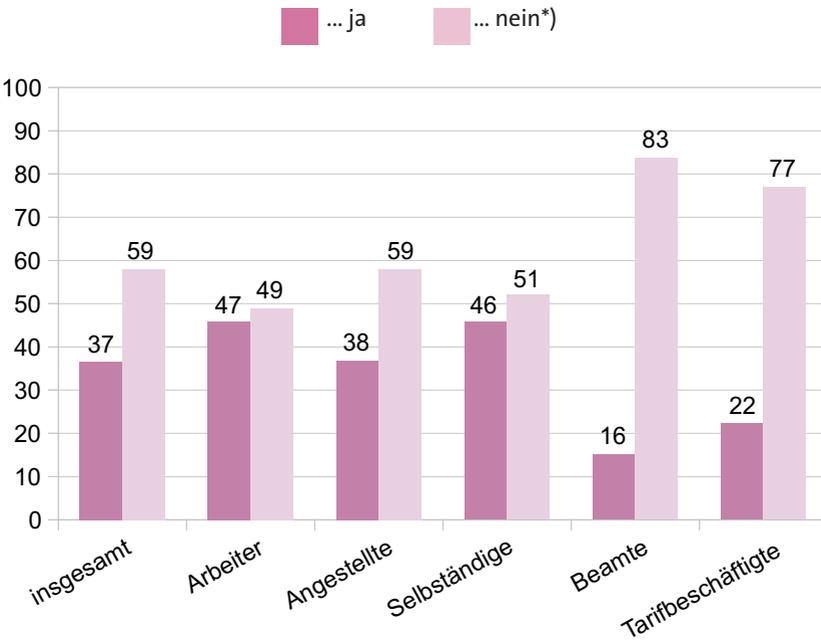
Der öffentliche Dienst kostet die Steuerzahler zu viel Geld



Arbeiter und Selbständige meinen häufiger als die Angestellten, dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld kostet. Von den Beamten und Tarifbeschäftigten glaubt nur eine kleine Minderheit, dass der öffentliche Dienst zu kostspielig ist.

> Meinungen zu den Kosten der Bürokratie

Der öffentliche Dienst kostet die Steuerzahler zu viel Geld



*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Öffentliche Dienstleistungen: staatlich oder privat?

Den Bundesbürgern wurden wie bereits in den Vorjahren auch in 2015 wieder verschiedene öffentliche Dienstleistungen vorgelegt mit der Bitte anzugeben, ob diese Aufgaben bzw. Dienstleistungen in der öffentlichen Hand bleiben sollten oder ob sie auch von Privatfirmen erledigt werden könnten.

Bei aller immer noch teilweise geübten Kritik an der Bürokratie, teilt nach wie vor eine große Mehrheit der Befragten den manchmal zu hörenden Ruf nach mehr Privatisierungen nicht. Für nahezu alle Bürger ist es nicht vorstellbar, dass Aufgaben wie die der Polizei, des Gerichtswesens oder des Strafvollzugs privatisiert werden könnten. Eine große Mehrheit kann sich dies auch nicht von der Finanzverwaltung, der Feuerwehr, den Schulen oder der Rentenversicherung vorstellen.

Im Gegenteil: seit 2007 hat sich der Anteil derer, die meinen, die verschiedenen Aufgaben sollten im öffentlichen Dienst bleiben, bei vielen Arbeitsbereichen noch erhöht. So sind 2015 mehr Befragte als noch 2007 der Meinung, die Feuerwehr, die Schulen, die Rentenversicherung, die Hochschulen, die Krankenhäuser, die Arbeitsvermittlung bzw. -ämter, die Müllentsorgung und Energieversorgung sowie der öffentliche Nahverkehr sollten unbedingt in der öffentlichen Hand bleiben.

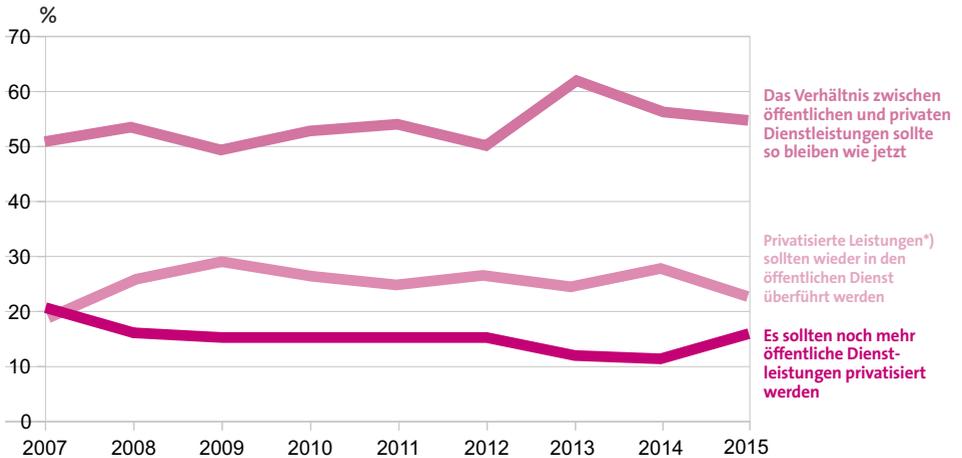
> Erledigung öffentlicher Aufgaben durch den Staat oder durch Privatfirmen?

	Die Aufgaben bzw. Dienstleistungen				
	sollten unbedingt im öffentlichen Dienst bleiben			könnten ebenso gut von Privatfirmen erledigt werden	sollten unbedingt privatisiert werden*)
	2007	2014	2015		
%	%	%	%	%	
Polizei	97	98	98	2	1
Gerichtswesen	96	96	96	2	1
Strafvollzug	92	90	92	6	1
Finanzverwaltung	85	88	86	10	3
Feuerwehr	83	88	87	11	2
Schulen	76	83	87	11	2
Rentenversicherung	70	78	82	14	4
Hochschulen	66	74	74	22	3
Krankenhäuser	61	71	72	23	4
Arbeitsvermittlung/-ämter	40	55	52	36	10
Müllentsorgung	41	54	52	38	10
Energieversorgung	40	55	53	35	11
öffentlicher Nahverkehr	39	47	48	39	11
Theater, Museen	33	34	32	52	16

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Der Anteil derjenigen, die der Ansicht sind, dass noch mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden sollten, ist mit 17 Prozent nach wie vor sehr gering, wenn auch derzeit etwas höher als in den letzten beiden Jahren.

> Meinungen zu weiteren Privatisierungen*



*) 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



A blurred photograph of a man in a dark suit and tie standing at a white podium, addressing an audience. The audience is seated in rows of chairs, with their backs to the camera. The background is bright and out of focus, showing a large screen or wall with some indistinct shapes. The overall scene is a professional conference or presentation.

Das Ansehen gesellschaftlicher Institutionen

Das Ansehen gesellschaftlicher Institutionen

Zum ersten Mal wurden in diesem Jahr die Befragten auch nach ihrer Einschätzung der Vertrauens- und Glaubwürdigkeit verschiedener Organisationen, Verbände und Institutionen, die sich an der politischen und öffentlichen Willensbildung beteiligen, gefragt.

Am häufigsten werden Sportvereine bzw. -organisationen, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Bürgerinitiativen und NGOs wie Umweltverbände für vertrauens- und glaubwürdig gehalten.

Eine Mehrheit der Befragten hält überdies staatliche Behörden auf Landes- bzw. Bundesebene, Zeitungen, Gewerkschaften und Kommunalpolitiker für zumindest einigermaßen vertrauens- und glaubwürdig.

Wirtschaftsverbände, Fernsehen, Landespolitiker, das Internet und auch Bundespolitiker werden von einer Mehrheit der Befragten für nur in geringem Maße oder gar nicht vertrauens- und glaubwürdig gehalten.

Am wenigsten Vertrauens- und Glaubwürdigkeit besitzen in der Einschätzung der Befragten die politischen Parteien und Europapolitiker.

> Institutionenranking

Die Institution halten für vertrauens- und glaubwürdig

	sehr	einigermaßen	in geringem Maße	gar nicht*)	Index**)
	%	%	%	%	
Sportvereine, Sportorganisationen	27	52	16	4	+59
Stadt- und Gemeindeverwaltungen	18	58	20	3	+53
Bürgerinitiativen	18	51	23	6	+40
NGOs wie Umweltverbände	15	53	23	5	+40
staatliche Behörden Landesebene	10	53	27	5	+31
staatliche Behörden Bundesebene	12	49	29	6	+26
Zeitungen	13	49	28	9	+25
Gewerkschaften	10	47	30	10	+17
Kommunalpolitiker	7	45	36	11	+ 5
Wirtschaftsverbände	5	40	38	12	- 5
Fernsehen	7	41	38	14	- 4
Landespolitiker	4	40	41	13	-10
Internet	9	32	38	17	-14
Bundespolitiker	5	36	40	17	-16
politische Parteien	5	31	44	18	-26
Europapolitiker	5	31	40	23	-27

*) 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

**) Index = Anteil „sehr bzw. einigermaßen vertrauens- und glaubwürdig“ minus Anteil „in geringem Maße bzw. gar nicht vertrauens- und glaubwürdig“



A photograph of a man and a woman in professional attire leaning over a table. The man is on the left, wearing a blue suit jacket over a light blue shirt. The woman is on the right, wearing a dark blazer over a white lace top and glasses. They are both looking towards the camera. The background is a bright, out-of-focus office space with large windows. A white coffee cup is visible on the table in the foreground.

**Die öffentlich Bediensteten:
Zufriedenheit und Erwartungen**

Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheit und Erwartungen

Zufriedenheit mit der Einkommenssituation

Wie bereits in den letzten Jahren ist auch 2015 die Mehrheit der öffentlich Bediensteten (78 Prozent) der Meinung, dass die Einkommen im öffentlichen Dienst im Vergleich zu den Einkommen in der freien Wirtschaft weniger stark gestiegen sind. Nur wenige öffentlich Bedienstete sind der Ansicht, dass ihre Einkommen stärker (5 Prozent) oder in gleichem Maße (15 Prozent) wie die Einkommen in der freien Wirtschaft gestiegen seien.

> Einschätzung der Entwicklung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst (Basis: öffentlich Bedienstete)

		Im Vergleich zur freien Wirtschaft sind die Einkommen im öffentlichen Dienst		
		stärker gestiegen	in gleichem Maße gestiegen	weniger stark gestiegen*)
		%	%	%
Insgesamt:	2007	5	10	82
	2008	5	9	84
	2009	4	10	82
	2010	5	15	76
	2011	7	14	77
	2012	4	8	85
	2013	6	12	85
	2014	6	13	78
	2015	5	15	78
Beamte		2	15	82
Tarifbeschäftigte		7	15	75

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für eine gute und gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst kann nach Meinung von 23 Prozent der Beamten am ehesten die Union, nach Meinung von 17 Prozent am ehesten die SPD sorgen. Von den Tarifbeschäftigten halten 21 Prozent hinsichtlich einer guten und gerechten Bezahlung im öffentlichen Dienst eher die SPD, 13 Prozent eher die CDU/CSU für kompetent.

55 Prozent der Beamten und 44 Prozent der Tarifbeschäftigten sehen keine der Parteien als besonders gut geeignet an, für eine gute und gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst zu sorgen.

> Parteienkompetenz: Entlohnung im öffentlichen Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

Für eine gute und gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst kann am besten sorgen

	Beamte %	Tarif- beschäftigte %
CDU/CSU	23	13
SPD	17	21
Linke	2	6
Grünen	2	2
sonstige Partei	1	2
keine Partei	55	56

Einschätzung der Arbeitsbedingungen

Die Zufriedenheit der öffentlich Bediensteten hält sich seit Beginn der Untersuchung im Jahr 2007 auf einem hohen Niveau. Derzeit geben mit 76 Prozent der öffentlich Bediensteten so viele wie zuletzt im Jahr 2011 an, mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden zu sein. Lediglich 11 Prozent sind nicht zufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen.

Zwischen den Beamten und den Tarifbeschäftigten zeigen sich in dieser Frage keine Unterschiede.

> Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Es sind mit ihren Arbeitsbedingungen	
		zufrieden %	unzufrieden*) %
insgesamt:	2007	65	20
	2008	64	16
	2009	68	14
	2010	72	14
	2011	75	11
	2012	71	12
	2013	71	12
	2014	71	13
	2015	75	11
	Beamte		74
Tarifbeschäftigte		75	10
14- bis 29-Jährige		72	14
30- bis 44-Jährige		76	9
45- bis 59-Jährige		76	12
60 Jahre und älter		75	10

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders zufrieden noch unzufrieden“

Trotz der eigentlich seit 2007 großen Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, meinen wie bereits in den vergangenen Jahren fast zwei Fünftel (39 %), dass sich die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren eher verschlechtert hätten. Nur ein Fünftel (21 %) meint, die Arbeitsbedingungen hätten sich verbessert.

Beamte meinen noch häufiger als Tarifbeschäftigte, dass sich die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst verschlechtert hätten.

Die älteren, über 45 Jahre alten im öffentlichen Dienst Beschäftigten meinen überdies häufiger als die jüngeren, dass sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert hätten.

> Entwicklung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren (Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst haben sich in den letzten Jahren		
		verbessert	verschlechtert	sind unverändert geblieben*)
		%	%	%
insgesamt:	2007	24	47	27
	2008	18	46	34
	2009	22	40	30
	2010	23	40	35
	2011	23	38	37
	2012	21	40	37
	2013	18	44	37
	2014	20	43	36
	2015	21	39	38
Beamte		17	45	35
Tarifbeschäftigte		24	34	40
14- bis 29-Jährige		26	17	54
30- bis 44-Jährige		24	34	41
45- bis 59-Jährige		20	41	38
60 Jahre und älter		21	41	34

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Wie schon seit der ersten Befragung zum öffentlichen Dienst ist auch 2015 eine Mehrheit der öffentlich Bediensteten (62 Prozent) der Meinung, eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst sei für Berufseinsteiger attraktiv. Dass der öffentliche Dienst für Berufseinsteiger weniger attraktiv sei, meinen 30 Prozent, 7 Prozent halten den öffentlichen Dienst gar für unattraktiv für Berufseinsteiger.

Jüngere, unter 30 Jahre alte Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind noch etwas häufiger als die älteren öffentlich Bediensteten der Ansicht, dass der öffentliche Dienst für Berufseinsteiger attraktiv sei.

> Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Berufseinsteiger

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Der öffentliche Dienst ist für Berufseinsteiger		
		attraktiv %	nicht so attraktiv %	unattraktiv*) %
insgesamt:	2008	57	33	10
	2009	60	30	10
	2010	63	28	8
	2011	61	31	7
	2012	57	33	9
	2013	60	29	9
	2014	61	30	9
	2015	62	30	7
Beamte		61	32	6
Tarifbeschäftigte		62	29	7
14- bis 29-Jährige		74	20	6
30- bis 44-Jährige		62	30	6
45- bis 59-Jährige		60	31	9
60 Jahre und älter		64	31	4

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Danach gefragt, wie sich ihrer Meinung nach die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Berufseinsteiger noch steigern ließe, meinen 35 Prozent, höhere Gehälter würden die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Berufseinsteiger steigern. 7 Prozent meinen das speziell von höheren Einstiegsgehältern.

22 Prozent gehen davon aus, dass eine Verbesserung der Aufstiegs- und Karrierechancen die Attraktivität erhöhen würde. 9 Prozent meinen, der öffentliche Dienst müsse flexibler und weniger reglementiert werden. Ebenfalls 9 Prozent glauben, durch mehr Information bzw. Werbung könnte die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Berufseinsteiger erhöht werden.

> Möglichkeiten der Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Berufseinsteiger*)

(Basis: öffentlich Bedienstete)

	insgesamt %	Beamte %	Tarifbeschäftigte %
Gehälter, Lohn allgemein (höher, besser)	35	41	30
Einstiegsgehälter (höhere, bessere)	7	8	6
Aufstiegs- und Karrierechancen	22	29	17
mehr Flexibilität, weniger Reglementierung	9	8	9
Arbeitsplatzsicherheit	6	3	8
Arbeitszeitänderungen, flexible Arbeitszeitmodelle	4	3	5
Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten	2	2	2
Information, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung	9	9	9
Imageverbesserung des öffentlichen Diensts	5	5	5
kein Steigerungspotential, weiß nicht	19	15	23

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Vergleich zu den Aufstiegs- und Karrierechancen in der freien Wirtschaft meint die Mehrheit der öffentlich Bediensteten (69 Prozent) wie auch in den vergangenen Jahren, dass diese im öffentlichen Dienst schlechter seien. Nur eine Minderheit von 22 Prozent glaubt, die Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst seien genauso gut wie in der Privatwirtschaft. Dass die Aufstiegs- und Karrierechancen gar besser sind als in der Privatwirtschaft, erklären lediglich 7 Prozent.

› **Einschätzung der Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst**
(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst sind im Vergleich zur Privatwirtschaft		
		besser	genauso	schlechter*)
		%	%	%
insgesamt:	2008	7	23	70
	2009	7	26	64
	2010	8	22	68
	2011	10	28	60
	2012	8	26	65
	2013	8	24	66
	2014	7	23	67
	2015	7	22	69
Beamte		3	21	74
Tarifbeschäftigte		9	23	65
14- bis 29-Jährige		12	43	43
30- bis 44-Jährige		5	21	72
45- bis 59-Jährige		6	20	72
60 Jahre und älter		9	27	63

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

18 Prozent der öffentlich Bediensteten sehen den öffentlichen Dienst beim Werben um Berufseinsteiger und Fachkräfte im Vorteil – vor allem wegen der beruflichen Sicherheit im öffentlichen Dienst.

Allerdings meint die Mehrheit der öffentlich Bediensteten (59 Prozent), dass der öffentliche Dienst beim Werben um Berufseinsteiger und Fachkräfte im Nachteil sei. Begründet wird diese Einschätzung vor allem durch die schlechtere Entlohnung und durch begrenzte Karriereöglichkeiten.

➤ Einschätzungen zur Stellung des öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft beim Werben von Berufseinsteigern und Fachkräften

(Basis: öffentlich Bedienstete)

Beim Werben um Berufseinsteiger und Fachkräfte ist der öffentliche Dienst gegenüber der Privatwirtschaft	insgesamt %	Beamte %	Tarif- beschäftigte %
im Vorteil, wegen:*)	18	15	20
– Sicherheit	72	86	64
– Entlohnung	13	9	15
– Vielfalt und Aufstiegsmöglichkeiten	4	3	4
– Arbeitsbedingungen	9	5	12
– genereller Attraktivität	2	0	3
– Status	2	2	2
im Nachteil, wegen:**)	59	63	55
– schlechterer Entlohnung	49	46	51
– nicht so vielfältiger und weniger Karriereöglichkeiten	34	39	29
– mangelnder Flexibilität	16	16	16
– geringerem Status	9	9	9
– genereller Unattraktivität	9	12	7
– mangelnder Kommunikation des öffentlichen Dienstes	10	11	8
– schlechterer Arbeitsbedingungen	5	4	6
– wachsender Unsicherheit im öffentlichen Dienst	2	1	3
weder noch	23	22	25

*) Basis: Befragte, die den öffentlichen Dienst im Vorteil sehen

**) Basis: Befragte, die den öffentlichen Dienst im Nachteil sehen

Jugendliche im öffentlichen Dienst

Zufriedenheit mit der Einkommenssituation

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion über Fachkräftemangel und Nachwuchsprobleme wurden im Rahmen der Bürgerbefragung 2015 wiederum 14- bis 18-jährige Jugendliche nach ihren Motiven für ihre anstehende Ausbildungs- und Berufswahl und der Attraktivität des öffentlichen Dienstes befragt.

Motive für die Ausbildungs- und Berufswahl

Den Jugendlichen wurden vierzehn mögliche Motive für die persönliche Ausbildungs- und Berufswahl genannt. Sie konnten dann mehrere mögliche Motive auswählen.

Für die Mehrheit der Jugendlichen ist es bei der Entscheidung für einen Beruf bzw. eine berufliche Ausbildung besonders wichtig, dass sie gute Weiterbildungsmöglichkeiten haben (94 Prozent), dass sie ihre Interessen und Neigungen entfalten können (92 Prozent), eine qualitativ hochwertige Arbeit leisten (86 Prozent), dass sie in der Nähe ihrer Familie bleiben können (83 Prozent) und dass der Arbeitsplatz sicher ist (81 Prozent).

Im Hinblick auf eine Berufswahl im öffentlichen Dienst spielen die einzelnen Motive – mit Ausnahme des sicheren Arbeitsplatzes, der Zusammenarbeit mit anderen Menschen und der Übernahme von Verantwortung – für die Jugendlichen eine etwas geringere Rolle als bei der generellen Berufswahl.

> Motive für die Ausbildungs- und Berufswahl

(Basis: 14- bis 18-Jährige)

	Gründe für die Ausbildungs- und Berufswahl		
	generell %	im öffentlichen Dienst %	Prozent- differenz*)
gute Weiterbildungs- möglichkeiten	94	61	-33
Interessen und Neigungen entfalten	92	42	-50
hochwertige Arbeit leisten	86	66	-20
Nähe zur Familie	83	50	-33
sicherer Arbeitsplatz	81	80	- 1
Führungsverantwortung übernehmen	74	60	-14
aufsteigen und Karriere machen	74	44	-30
Zusammenarbeit mit anderen Menschen	65	63	- 2
erfinderisch und kreativ arbeiten	62	36	-26
Verantwortung übernehmen	59	61	+ 2
mit modernster Technik arbeiten	51	31	-20
viel Geld verdienen	51	36	-15
Anerkennung bei Freunden finden	45	33	-12
irgendwann eigenes Unternehmen gründen	30	19	-11

*) Prozentdifferenz = Anteil „generelle Gründe“ minus Anteil „Gründe öffentlicher Dienst“

Für 62 Prozent der Jugendlichen kommt eine Ausbildung oder ein späterer Berufseinstieg im öffentlichen Dienst in Betracht, 31 Prozent schließen das aus.

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Jahr 2015 zum neunten Mal untersucht, wie der öffentliche Dienst von den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik wahrgenommen wird, welches Bild sich von den Behörden und ihren Bediensteten bei ihnen verfestigt hat und welche Erwartungen sie an den Staat als Dienstleister im Wettbewerbsumfeld mit privaten Anbietern öffentlicher Leistungen haben.

Es wurde wie in den Vorjahren auch in diesem Jahr geprüft, ob und inwieweit die Selbsteinschätzung der öffentlich Bediensteten von der Einschätzung der Bevölkerung abweicht. Die öffentlich Bediensteten wurden zudem nach der Zufriedenheit mit ihren Arbeitsbedingungen befragt.

Die Erhebungen für diese neunte „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ fanden im Juni und Juli 2015 statt. Befragt wurden 2.001 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger mithilfe computergestützter Telefoninterviews. Zusätzlich zu der repräsentativen Befragung wurden gesondert noch 1.002 Angehörige des öffentlichen Dienstes (401 Beamte; 601 Tarifbeschäftigte) befragt. Für die Ergebnisse auf Basis der Gesamtbevölkerung wurden nur die Angaben der 2.001 repräsentativ ausgewählten Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt.

Die Auswahl der Befragten erfolgte nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger sowie die befragten Beamten und Tarifbeschäftigten ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung ab 14 Jahre sowie der im öffentlichen Dienst Beschäftigten darstellen.

Die im nachfolgenden dargestellten Befunde der Untersuchung sind somit lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (bei der vorliegenden Untersuchung max. +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung bzw. der im öffentlichen Dienst Beschäftigten übertragbar.

Um auch Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten, werden die Ergebnisse der diesjährigen neunten „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ auch mit den in den Vorjahren ermittelten Befunden verglichen. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der Bürgerbefragung der Einfachheit halber die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.



dbb
beamtenbund
und tarifunion